

# KMU WAHLCHECK

des Europaverbandes der Selbständigen -  
Deutschland (ESD) e.V. zur Landtagswahl 2026  
in Rheinland-Pfalz



**SELBSTÄNDIGKEIT STÄRKEN, ZUKUNFT SICHERN!**

Für eine Politik, die Soloselbständige und kleine  
Unternehmen fördert und voranbringt.

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)



Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.  
Confédération Européenne Des Indépendants - C.E.D.I.



# LANDTAGSWAHL 2026

## Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ESD-Mitglieder in Rheinland-Pfalz,

am 22. März 2026 wird in Rheinland-Pfalz ein neuer Landtag gewählt. Für Soloselbständige sowie Inhaber kleinster und kleiner Unternehmen ist diese Wahl im Alltag oft näher, als man denkt: Viele Rahmenbedingungen – von Verwaltungspraxis über Förderkulissen bis zu Infrastruktur- und Standortentscheidungen – werden im Land vorbereitet, gesteuert und vor Ort umgesetzt. Rheinland-Pfalz ist wirtschaftlich breit aufgestellt und stark mittelständisch geprägt. Neben Handwerk, Dienstleistung und Industrie spielen insbesondere Weinbau, Tourismus sowie die vielen inhabergeführten Betriebe in ländlichen Regionen eine zentrale Rolle für Beschäftigung und regionale Wertschöpfung.

Mit dem ESD-KMU-Wahlcheck möchten wir Ihnen eine gut lesbare Orientierung geben,

welche konkreten Aussagen die Parteien in ihren Programmen treffen und was das aus Sicht unserer Zielgruppe bedeuten kann. Die Auswertung der Programme wurde dabei auch durch Künstliche Intelligenz unterstützt. Wir arbeiten überparteilich und unabhängig und betrachten die Programme konsequent aus der Perspektive von Soloselbständigen sowie Inhabern kleinster und kleiner Unternehmen in Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz ist für den ESD dabei ein besonders wichtiges Mitgliederland – wir haben hier viele Mitglieder und angeschlossene Organisationen, weshalb uns eine praxistaugliche, verlässliche Landespolitik für Unternehmerinnen und Unternehmer besonders am Herzen liegt.

## Die Spitzenkandidaten im Überblick



*CDU*  
**Gordon Schnieder**

Wirtschaftspolitische Ausrichtung: betont die Stärkung von Standort- und Wettbewerbsfähigkeit, eine konsequente Verwaltungsmodernisierung sowie eine unternehmensfreundlichere Landespolitik. Im Fokus stehen schnellere Genehmigungsverfahren, der Abbau bürokratischer Hürden und bessere Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie. Zudem setzt er auf Investitionsanreize, leistungsfähige Infrastruktur und eine engere Verzahnung von Wirtschaft und Bildung zur Fachkräftesicherung.

Biografie: geboren 1975, seit 2016 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz. Seit 2023 CDU-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer, 2024 zum Landesvorsitzenden gewählt. Er führt die CDU als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 2026.



*SPD*  
**Alexander Schweitzer**

Wirtschaftspolitische Ausrichtung: steht für staatlich flankierte Modernisierung mit Blick auf Transformation, Digitalisierung und nachhaltige Standortentwicklung. Schwerpunkte sind Arbeitsmarktpolitik, Fachkräftesicherung und die Unterstützung von Unternehmen im Strukturwandel. Die SPD verbindet wirtschaftliche Entwicklung mit sozialpolitischen Leitlinien und Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovation.

Biografie: geboren 1973 in Landau in der Pfalz, seit dem 10. Juli 2024 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Zuvor Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag und Minister. 2026 tritt er erstmals als SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl an – als amtierender Regierungschef.



*Bündnis 90/Die Grünen*  
**Katrin Eder**

Wirtschaftspolitische Ausrichtung: verbindet Klimaschutz und wirtschaftliche Transformation mit gezielten Landesinvestitionen in Infrastruktur, Mobilität und Energie. Sie setzt auf eine „ökologisch-ökonomische“ Modernisierung, die Unternehmen Planungssicherheit im Wandel geben und gleichzeitig Innovationen im Bereich erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien fördern soll. Der Ausbau klimafreundlicher Mobilität und resilienter Versorgungsstrukturen bildet dabei einen zentralen Baustein.

Biografie: geboren 1976 in Mainz, ist seit 2021 Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität in Rheinland-Pfalz. 2025 wurde sie von ihrer Partei zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2026 gewählt.



*FDP*  
**Daniela Schmitt**

Wirtschaftspolitische Ausrichtung: vertritt eine wirtschaftsliberale Linie mit klarem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Stärkung des Mittelstands und praxisnahe Regulierung. Zentrale Themen sind der Ausbau von Infrastruktur und Verkehr, technologieoffene Innovationspolitik sowie eine Entlastung von Unternehmen durch effiziente Verwaltungsprozesse. Die FDP betont zudem die Bedeutung von Gründungsförderung und unternehmerischer Eigenverantwortung.

Biografie: geboren 1972 in Alzey, ist seit 2021 Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz. 2025 wurde sie zur Landesvorsitzenden der FDP gewählt. 2026 tritt sie als Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der Landtagswahl an.



*AfD*  
**Jan Bollinger**

Wirtschaftspolitische Ausrichtung: ordnet Wirtschaftspolitik stark energie- und migrationspolitischen Leitlinien unter und setzt auf eine deutlich veränderte Kurssetzung gegenüber der bisherigen Landespolitik.

Biografie: geboren 1977 in Koblenz, seit 2016 Mitglied des Landtags, seit 2022 AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzender; 2026 Spitzenkandidat.



*Die Linke*  
**Rebecca Ruppert**

Wirtschaftspolitische Ausrichtung: setzt auf soziale Leitplanken in Bereichen wie Wohnen, Daseinsvorsorge und Teilhabe sowie auf eine stärkere Umverteilungs- und Schutzlogik in der Landespolitik.

Biografie: Landesvorsitzende der Linken in Rheinland-Pfalz und laut Partei Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2026; beruflicher Hintergrund in der IT-Beratung wird parteiintern hervorgehoben.



*Freie Wähler*  
**Dr. Joachim Streit**

Wirtschaftspolitische Ausrichtung: betont eine mittelstandsorientierte Politik mit starkem Fokus auf kommunale Selbstverwaltung, Bürokratieabbau und praxistaugliche Rahmenbedingungen für Handwerk und kleine Unternehmen.

Biografie: geboren 1962 in Lahnstein, Jurist; von 2017 bis 2024 Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bitburger Land, zuvor langjähriger Kommunalpolitiker; seit 2024 Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) für die Freien Wähler.

## Über den Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.

Der Europaverband der Selbständigen – Deutschland (ESD) e.V. ist die parteiunabhängige Interessenvertretung für Soloselbständige sowie Inhaber kleiner, kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) in Deutschland. Als branchenübergreifender Dachverband bündelt der ESD zudem die Interessen von Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbänden, Innungen und weiteren Selbständigen-Organisationen.

Über 98 Prozent der in Deutschland registrierten Unternehmen zählen zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen – darunter Kleinstbetriebe, inhabergeführte Unternehmen und Soloselbständige. Sie sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze und tragen wesentlich zur regionalen Wertschöpfung, Innovationskraft und wirtschaftlichen Stabilität bei. Gerade in Rheinland-Pfalz prägen sie – von ländlichen Räumen bis zu den wirtschaftsstarken Zentren – maßgeblich die Standortqualität des Landes.

Der ESD engagiert sich bundesweit und bringt die Interessen von Soloselbständigen sowie kleinsten und kleinen Unternehmen auch auf Landesebene aktiv in politische Entscheidungsprozesse ein, beteiligt sich an Konsultationen und sucht den konstruktiven Dialog mit politischen Entscheidungsträgern vor Ort. Ziel des ESD ist eine selbständigenfreundliche, praxistaugliche und verlässliche Politik – auf Bundes- wie auf Landesebene.

**überparteilich – unabhängig – kompetent**

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)

[www.facebook.com/esd.ev](https://www.facebook.com/esd.ev)

[www.x.com/ESD\\_eV](https://www.x.com/ESD_eV)

[www.linkedin.com/company/esd-ev](https://www.linkedin.com/company/esd-ev)



# Forderungen des ESD e.V. für Rheinland-Pfalz

## **1. „Einmal einreichen, überall nutzen“: Landesweiter KMU-Nachweis-Standard**

Kleinstbetriebe verlieren unverhältnismäßig viel Zeit durch die wiederholte Einreichung identischer Unterlagen (Registerauszüge, Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Versicherungsnachweise, Eigenerklärungen). Rheinland-Pfalz soll verbindlich festlegen: Nachweise werden digital einmal hinterlegt und für Landes- und Kommunalverfahren wiederverwendet. Das reduziert Rückfragen, Medienbrüche und Fehlerkosten – gerade für Betriebe ohne eigene Verwaltung.

## **2. Kommunale Genehmigungen beschleunigen: „48-Stunden-Rückmeldung“ als Service-Standard**

Viele Geschäftsmodelle in Rheinland-Pfalz sind lokal geprägt (Dienstleistung, Handwerk, Gastronomie, Veranstaltungen, Direktvermarktung). Entscheidend ist Tempo bei Sondernutzungen, Aufstellgenehmigungen, Außenwerbung oder Marktständen. Forderung: ein verbindlicher Rückmelde-Standard (z. B. binnen 48 Stunden: „vollständig / fehlt X / zuständig ist Y“) sowie eine digitale Statusanzeige. Keine neue Bürokratie, sondern planbare Abläufe.

## **3. Mikroförderung für „kleine Sprünge“: Fixbetrag statt Antragsroman**

Rheinland-Pfalz braucht ein niedrighschwelliges Instrument für Kleinstinvestitionen: eine pauschalierte Fixbetragsförderung für Digitalisierung, IT-Sicherheit, Werkzeuge, energieeffiziente Geräte oder Fuhrpark-Teilausstattung. KMU benötigen keine Großprogramme, sondern kleine, schnelle und nachvollziehbare Hilfe mit stark reduzierten Nachweispflichten.

## **4. Vergabe „kleiner Lose“ als Standard: regional, digital, KMU-gerecht**

Große Ausschreibungen schließen Kleinstbe-

triebe oft faktisch aus. Das Land sollte Losbildung als Regelfall festschreiben, ergänzt durch vereinfachte E-Vergabe für Kleinaufträge (klare Leistungsbeschreibung, kurze Formulare, angemessene Eignungsnachweise). Ergebnis: mehr Wettbewerb, stärkere regionale Wertschöpfung und echte Chancen für kleine Anbieter.

## **5. Digitale Infrastruktur dort, wo gearbeitet wird**

In ländlichen Räumen und Tallagen kommt Netzausbau oft nicht am tatsächlichen Arbeitsort an. Ausbaupriorität sollte für Gewerbegebiete, Ortskerne und wohnortnahe Arbeitsplätze gelten. Für Soloselbständige sowie kleine und mittelständische Unternehmen entscheidet das über Erreichbarkeit, Cloud-Arbeit, Kartenzahlung und flexible Arbeitsmodelle.

## **6. Fachkräfte für Kleinstbetriebe: Matching und Qualifizierung mit wenig Formalismus**

Kleinbetriebe brauchen funktionierende Vermittlung statt Hochglanzstrategien: regionale Matching-Formate, niedrighschwellige Teilqualifizierungen, Ausbildungsverbünde sowie praxisnahe Anerkennungs- und Nachqualifizierungswege mit Beratung, die auf Betriebe ohne Personalabteilung zugeschnitten ist. Ziel: schneller „fit for job“, weniger Papier, mehr Ankommen im Betrieb.

## **7. „Gründen & Nachfolgen“ als Landes-Schwerpunkt**

Rheinland-Pfalz hat viele inhabergeführte Betriebe, deren Nachfolge scheitert, bevor Förderung greift. Gefordert ist eine Landesinitiative, die Gründung und Nachfolge gemeinsam denkt: unkomplizierte Erstberatung, digitale One-Stop-Anlaufstelle, standardisierte Musterprozesse und mehr Sichtbarkeit von Selbständigkeit in Schulen und Hochschulen.

## Die Parteien auf dem Prüfstand

Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?



### *Was planen die Parteien für die KMU?*

Die Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz steht vor der Tür und mit ihr die Frage, welche wirtschaftspolitischen Weichen in den kommenden fünf Jahren gestellt werden. Für Soloselbständige sowie kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind die Entscheidungen auf Landesebene von zentraler Bedeutung. Ob Förderprogramme, Bildungs- und Fachkräftepolitik, Energieversorgung, Infrastruktur, Weinbau- und Tourismuspolitik oder Bürokratieabbau – viele der Rahmenbedingungen, die den unternehmerischen Alltag prägen, werden maßgeblich im Land gestaltet.

Gerade in einem Flächenland mit starkem Mittelstand wie Rheinland-Pfalz kommt kleinen und inhabergeführten Betrieben eine besondere Rolle zu. Handwerk, Industrie, Weinbau, Tourismus, Handel, Dienstleistungsunternehmen, Start-ups und Freiberufler bilden das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Sie sichern Arbeitsplätze in Städten wie im ländlichen Raum, sorgen für regionale Wertschöpfung und tragen maßgeblich zur Stabilität der Wirtschaft bei. Gleichzeitig stehen sie vor großen Herausforderungen: steigende Energie- und Personalkosten, Fach-

kräftemangel, zunehmende Dokumentationspflichten sowie die Anforderungen der digitalen und ökologischen Transformation.

In dieser Auswertung haben wir die Wahlprogramme der relevanten Parteien daraufhin analysiert, welche konkreten Maßnahmen sie für Soloselbständige und KMU vorsehen. Unser Fokus liegt dabei auf zentralen Themen wie wirtschaftsfreundliche Verwaltungsstrukturen, Förderinstrumente des Landes, Vergabep Praxis, Digitalisierung, Fachkräftesicherung, soziale Absicherung sowie dem Abbau bürokratischer Hürden.

Diese Übersicht soll Unternehmerinnen und Unternehmern eine sachliche Orientierung bieten und Transparenz schaffen: Welche Partei setzt welche Schwerpunkte? Wo liegen Chancen, wo mögliche Risiken für die Selbständigen in Rheinland-Pfalz?

Denn eine starke Wirtschaft in Rheinland-Pfalz braucht klare, verlässliche und mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen – gerade für die vielen kleinen Betriebe, die das Land tragen.



Programmtitel:  
*Aus Liebe zum Land*  
Umfang: 123 Seiten

### *Für Selbständige relevante Punkte*

#### *Wirtschaftsförderung / Standortpolitik*

- » Gründung einer „Standortgesellschaft Rheinland-Pfalz“ als zentrale Anlaufstelle für ansiedlungswillige Unternehmen; Bündelung von Ansiedlungsberatung, Fördermittelunterstützung und Gründungsförderung. (S. 27)
- » Gewerbeflächen-Turbo zur schnelleren Planung und Nutzung von Gewerbe- und Industrieflächen; beschleunigte Verfahren und Bürokratieabbau für Großansiedlungen. (S. 27)
- » Stärkung des Instruments der Landesbürgschaften zugunsten von Unternehmen in der Transformation. (S. 11)
- » Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Investitionen, Bürokratieabbau und Innovationsförderung, Ausbau von Gewerbeflächen, Modernisierung von Straßen, Brücken und Häfen sowie Ausbau der digitalen Infrastruktur. (S. 8)

#### *Bürokratieabbau / Verwaltung*

- » Umsetzung des Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung; weitere Bürokratieabbau-Pakete; Vereinfachung von Verfahren und digitale Abläufe. Besonders Gründerinnen, Gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen sollen profitieren. (S. 27)
- » Förderprogramme für Start-ups, Selbständige und mittelständische Unternehmen sollen schlanker, digitaler und unbürokratischer gestaltet werden; Einrichtung einer zentralen Förderplattform. (S. 28)

#### *Arbeitsrecht / Tarifbindung*

- » Einführung eines modernen Tariftreuegesetzes und Stärkung der Mitbestimmung. (S. 8)

#### *Ausbildung / Fachkräfte / Handwerk*

- » Unterstützung von Unternehmen bei der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher; Einsatz auf Bundesebene für einen Eingliederungszuschuss als dauerhaftes Regelinstrument. (S. 32)
- » Gezielte Förderung der Verbundausbildung; Unterstützung der überbetrieblichen Ausbildungszentren der Handwerkskammern. (S. 32)
- » Weiterentwicklung und Stärkung des Aufstiegsbonus; langfristiges Ziel einer gebührenfreien Meisterausbildung. (S. 32)
- » Weiterbildungsoffensive gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Weiterbildungsorganisationen. (S. 32)

#### *Digitalisierung / Innovation*

- » Investitionen in Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Wasserstoff und Biotechnologie; Ausbau der digitalen Infrastruktur. (S. 8)
- » Investitionen in Hochschulen und Forschungsstrukturen zur Stärkung des Innovationsökosystems. (S. 23)

#### *Infrastruktur / Mobilität*

- » Investitionen in Straßen, Brücken, Bahnhöfe und digitale Netze im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Plans. (S. 6)
- » Investitionsschub für Landesstraßen, Brücken und Radwege, insbesondere im ländlichen Raum. (S. 97)

#### *Energie / Klimapolitik*

- » Einführung eines Bürgerenergiegesetzes: Gemeinden im Umfeld von Wind- und Solaranlagen werden verbindlich an den Erträgen beteiligt. (S. 12)

#### *Risiken für Selbständige*

(nur ausdrücklich genannte Maßnahmen mit Belastungscharakter)

- » Einführung eines modernen Tariftreuegesetzes. (S. 8)
- » Bürgerenergiegesetz mit verbindlicher Beteiligung von Gemeinden an Erträgen von Wind- und Solaranlagen. (S. 12)

Weitere ausdrücklich benannte Steuererhöhungen, neue Abgaben, Umlagen oder zu-

sätzliche gesetzliche Pflichten mit finanzieller Wirkung für Unternehmen werden im vorliegenden Programm nicht konkret ausgewiesen.



Programmtitel:

***Unser Plan für ein Land, das funktioniert***

Umfang: 64 Seiten

### ***Für Selbständige relevante Punkte***

#### ***Steuern und Abgaben***

- » „Wir werden die Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent senken.“ (S. 18)
- » „Wir setzen uns für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ein.“ (S. 18)
- » „Die Gewerbesteuer wollen wir nicht erhöhen.“ (S. 18)
- » „Wir werden keine neuen Landessteuern einführen.“ (S. 18)

#### ***Bürokratieabbau / Verwaltung***

- » „Wir werden ein Bürokratieabbaugesetz für Rheinland-Pfalz vorlegen.“ (S. 22)
- » „Landesrechtliche Regelungen werden wir systematisch auf Entbehrlichkeit überprüfen.“ (S. 22)
- » „Für jede neue landesrechtliche Regelung

sollen mindestens zwei bestehende Regelungen abgeschafft werden.“ (S. 22)

- » „Genehmigungsverfahren werden wir beschleunigen und digitalisieren.“ (S. 23)

#### ***Vergaberecht / Öffentliche Aufträge***

- » „Wir werden das Landesvergaberecht vereinfachen.“ (S. 26)
- » „Mittelständische Unternehmen sollen einen besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhalten.“ (S. 26)

#### ***Energie / Klimapolitik***

- » „Wir setzen auf technologieoffene Energiepolitik.“ (S. 34)
- » „Wir werden Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energieprojekte beschleunigen.“ (S. 35)
- » „Die Nutzung von Photovoltaik wollen wir weiter ausbauen.“ (S. 36)

#### ***Digitalisierung***

- » „Wir werden die Digitalisierung der Verwaltung konsequent vorantreiben.“ (S. 40)
- » „Behördengänge sollen digital möglich sein.“ (S. 40)
- » „Der Ausbau der digitalen Infrastruktur hat für uns höchste Priorität.“ (S. 41)

#### ***Fachkräfte / Arbeitsmarkt***

- » „Wir werden die berufliche Bildung stärken.“ (S. 48)



- » „Wir setzen uns für eine bessere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ein.“ (S. 49)
- » „Wir wollen die duale Ausbildung attraktiver machen.“ (S. 48)

#### *Förderung / Wirtschaftspolitik*

- » „Wir werden den Mittelstand gezielt fördern.“ (S. 30)
- » „Förderprogramme des Landes sollen unbürokratischer gestaltet werden.“ (S. 31)
- » „Existenzgründungen werden wir stärker unterstützen.“ (S. 32)

#### *Risiken für Selbständige*

Im Wahlprogramm werden keine Erhöhungen von Steuern oder Abgaben, keine Einführung neuer Umlagen, keine zusätzlichen gesetzlichen Pflichten mit finanzieller Wirkung für Unternehmen sowie keine Ausweitungen bestehender Belastungen für Unternehmen oder Selbständige ausdrücklich genannt.



Programmtitel:

*Wir regeln das*

Umfang: 94 Seiten

#### *Für Selbständige relevante Punkte*

##### *Wirtschaft – Grundsätze*

Bekanntnis zur sozialen Marktwirtschaft (S. 30)

- » „Die AfD bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft.“

##### *Bürokratieabbau*

- » Unternehmen von Bürokratie entlasten (S. 32): Einrichtung eines „unabhängigen Normenkontrollrats“, der bestehende und neue Regelungen überprüft; „Für jede neue Regelung werden zwei alte gestrichen.“
- » Allgemeine Zuweisungen statt Förderbürokratie (S. 59): Kommunen sollen „Zuweisungen ohne Zweckbindung“ erhalten; Die „bisherige Förderbürokratie“ soll entfallen.

#### *Steuern und Abgaben*

- » Leitbild: Bürger und Betriebe entlasten (S. 60): „Bestehende Steuern [sollen] gesenkt oder abgeschafft werden. Neue Steuern werden nicht eingeführt.“:
- » Steuerreformen im Bundesrat (S. 32–33): Abschaffung der Gewerbesteuer; Ersatz durch kommunalen Zuschlag auf Körperschaft- bzw. Einkommensteuer; Vereinfachung von Abschreibungen; Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung.
- » Grundsteuern und Gewerbesteuer abschaffen (S. 61–62): Einsatz auf Bundesebene für Abschaffung von Grundsteuern und Gewerbesteuer; Ersatz durch höheren Gemeindeanteil an Einkommensteuer bzw. kommunalen Zuschlag.
- » Grunderwerbsteuer – Freibetrag für Selbstnutzer (S. 61): Einführung eines Freibetrags auf die Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum; Perspektivische Aufhebung der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer.
- » Keine Verpackungssteuer (S. 61): Die Verpackungssteuer soll in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden „nicht eingeführt werden“.
- » Abschaffung der Schankerlaubnissteuer (S. 35): „Sofortige Abschaffung der Schankerlaubnissteuer.“
- » Mehrwertsteuer im Gastgewerbe (S. 35): Unterstützung der Forderung, die Mehrwertsteuer auf Speisen und Getränke auf 7 % zu senken.

#### *Mittelstand und KMU fördern*

- » Gesetzesvorhaben, die KMU betreffen, sollen vorab einem „Praxis-Check“ unterzogen werden.
- » Umsetzung von EU- oder Bundesrecht auf Mindestvorgaben beschränken; „keine Verschärfung zulasten von Unternehmen“.
- » Mindestfördersummen bei der GRW senken; Handwerksbetriebe berücksichtigen.

#### *Unternehmensgründung und -nachfolge*

- » Gründerstipendien ausweiten (S. 33): Deutliche Verbesserung und Ausweitung

der Gründerstipendien.“: Junggründer-/Start-Up-Beauftragter zur Vernetzung von Gründern und Investoren.

- » Handwerksmeister-Gründerstipendien (S. 33): Spezielle Gründerstipendien für Handwerksmeister, die sich selbstständig machen wollen.
- » Unternehmensnachfolge erleichtern (S. 33): Bürokratieabbau; Forderung nach wirtschaftsfreundlicher Ausgestaltung steuerlicher Regelungen zur Unternehmensnachfolge.
- » Risikokapital-Fonds für Start-Ups (S. 33): Bessere Ausstattung von Risikokapital-Fonds für Start-Ups; professionelle, staatsferne Verwaltung.

*Öffentliche Ausschreibungen vereinfachen (S. 36)*

- » Forderung nach einfacheren, rechtssicheren und schnelleren Ausschreibungen.
- » Verfahren sollen so ausgestaltet werden, dass „auch kleine mittelständische Betriebe und lokale Handwerksbetriebe“ teilnehmen können.

*Handwerk*

- » Handwerk als Kulturgut schützen (S. 32): Einrichtung eines digitalen Archivs zum Handwerks-Erbe; Unterstützung traditioneller Handwerksbetriebe.
- » Handwerksausbildung stärken (S. 33): Förderung von Handwerksgehilfen auf dem Weg zum Meister.

*Ladenöffnungszeiten liberalisieren (S. 34)*

- » Reform des Ladenöffnungszeitengesetzes.
- » Öffnungsmöglichkeiten bis 24 Uhr.
- » Erleichterung automatisierter 24-Stunden-Geschäfte.

*Energie*

- » Wiedereinstieg in die Kernenergie (S. 37) mit dem Ziel: „Strom günstig und zuverlässig erzeugen“.

***Risiken für Selbständige***

Im Wahlprogramm werden keine Erhöhungen von Steuern oder Abgaben, keine Einführung neuer Umlagen, keine zusätzlichen verpflichtenden

Abgaben für Unternehmen und keine gesetzlichen Pflichten mit ausdrücklich genannter finanzieller Mehrbelastung für Unternehmen vorgesehen.



Programmtitel:

***Machen ist hier Programm***

Umfang: 110 Seiten

***Für Selbständige relevante Punkte***

*Wirtschaft / Industrie*

- » „Wir GRÜNE wollen den Industriestandort Rheinland-Pfalz sichern und nachhaltig weiterentwickeln. Dazu wollen wir vor allem mittelständische Unternehmen bei der grünen Transformation auch finanziell aktiv unterstützen und klimafreundliche Investitionen ermöglichen.“ (S. 25–26)
- » Unterstützung energieintensiver Prozesse durch „den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung der Wasserstoffstrategie des Landes“ (S. 26)

*Kreislaufwirtschaft / Vergabe*

- » „Dafür stärken wir den Rezyklatanteil in öffentlichen Vergaben, um innovative Unternehmen zu stärken.“ (S. 26)
- » Behörden und Kommunen sollen „Rezyklate bevorzugt einsetzen können“ (S. 26)

*Digitale Wirtschaft / KMU*

- » „Unser Fokus liegt auf nachhaltigen und innovativen Förderprogrammen für grüne Startups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die digitale Lösungen für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation bieten.“ (S. 28)
- » Förderung digitaler Geschäftsmodelle und Zukunftstechnologien in Vernetzung mit „Startups, etablierten Unternehmen, NGOs und Verwaltung“ (S. 27–28)

*Gründungen / Startups*

- » Ausbau der „Gründungs- und Startup-Förderung des Landes“ und Auflage einer „Startup-Strategie-RLP“ (S. 28)

- » Initiative für besseren Zugang zu Wagniskapital unter Einbindung von Wirtschaft, Banken und Investor:innen (S. 28)
- » Unterstützung von Gründungen „von Handwerker:innen, Kreativen und Tüftler:innen“ auch „in der Fläche“; Ausbau passgenauer Beratung, einfacher Förderwege und bezahlbarer Räume (S. 28–29)
- » Fortsetzung des „Aufstiegsbonus II“ und Förderung der ersten Gründung eines Handwerksbetriebs (S. 25)
- » Einrichtung einer „Nachfolgezentrale“, um Betriebsinhaber:innen und Nachfolger:innen besser zu vernetzen (S. 25)
- » Planung langfristig laufender, mit Ausfallbürgschaften hinterlegter Gründerkredite für Geschäftsgründungen und Unternehmerweiterungen (S. 25)

*Ausbildung / Fachkräfte*

- » Aufwertung der dualen Ausbildung mit „wertschätzender Entlohnung“ und attraktiven Rahmenbedingungen; Unterstützung durch Wohnungsangebote, vergünstigtes ÖPNV-Ticket und moderne Berufsbildungsstätten (S. 26)

*Haushalt / Investitionen*

- » Einrichtung eines „RLP-Zukunftsfonds“, der insbesondere Unternehmen beim klimaneutralen Umbau von Wertschöpfungsketten unterstützen soll – u. a. durch „zinsvergünstigte Kredite, Bürgschaften oder Tilgungszuschüsse“ (S. 76–77)

*Steuern / Steuerverwaltung*

- » Einsatz „für ein gerechteres Steuersystem“ auf Landes- und Bundesebene (S. 77)
- » „Gerade große Vermögen sollten konsequenter zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden.“ (S. 77)

- » Ausbau der Stellen im Außendienst, insbesondere in der Betriebsprüfung, um „bei allen Betrieben wirksam Steuerdelikte und Schwarzarbeit aufzudecken“ (S. 77)

*Risiken für Selbständige*

- » Ausbau der Betriebsprüfung: „Wir wollen die Stellen im Außendienst besonders in der Betriebsprüfung ausbauen ... Wir wollen genügend Kapazitäten erreichen, um bei allen Betrieben wirksam Steuerdelikte und Schwarzarbeit aufzudecken.“ (S. 77)

Weitere ausdrücklich benannte Steuererhöhungen, Abgabeneinführungen oder neuen finanziellen Verpflichtungen für Unternehmen werden im Wahlprogramm nicht konkret benannt.



Programmtitel:

**Wahlprogramm Landtagswahl 2026**

Umfang: 161 Seiten

*Für Selbständige relevante Punkte*

*Wirtschaft / Mittelstand / Selbständigkeit*

- » „Selbständigkeit ein Wert an sich ist, den wir dringend fördern müssen“ (S. 24)
- » „der Mittelstand gestärkt wird, ihm Freiräume eröffnet werden und er von Bürokratie entlastet wird“ (S. 24)
- » „Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Unternehmen als solche mehr Freiheitsgrade benötigen“ (S. 24)
- » „wir wollen ihnen mehr unternehmerische und betriebliche Freiheiten ermöglichen“ (S. 24)

*Bürokratieabbau / Verwaltungsverfahren*

- » 57 Bürokratieabbaumaßnahmen umgesetzt; u. a. „weniger Bauvorgaben, leichtere Vergabeverfahren, Generalunternehmer-





schaft und schnellere Genehmigungsverfahren“ (S. 124)

- » Weitere „Konzentration und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für öffentliche und private Investitionen“ (S. 124)
- » Verbindliche Entscheidungsfristen; bei Fristablauf gilt Bauantrag als genehmigt (S. 124)
- » Erweiterung genehmigungsfreier Baumaßnahmen (S. 124)
- » „Abbau oder Vereinfachung von Dokumentations- und Meldepflichten sowie Regelungen des Steuerrechts“ (S. 124)
- » Nutzung vorhandener Verwaltungsregister zur Entlastung von Unternehmen (S. 124)
- » „Gerade für Existenzgründerinnen und -gründer“ bürokratische Lasten abschaffen oder befristet aussetzen (S. 38)

#### *Unternehmensgründung / Start-ups*

- » Ziel: Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden (S. 33)
- » Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle („One-Stop-Agency“) bei der Innovationsagentur (S. 33)
- » Weiterentwicklung von Beratungs- und Informationsangeboten für Unternehmen und Existenzgründer im vorwettbewerblichen Bereich (S. 38)
- » Gründungsstipendium „Start.in.RLP“ (1.000 Euro monatlich für zwölf Monate) (S. 32/33)
- » Förderprogramm „startup innovativ“ (bis zu 100.000 Euro für zwölf Monate) (S.

32/33)

#### *Förderung / Finanzierung / Investitionen*

- » Digitalisierung aller rheinland-pfälzischen Förderprogramme gemeinsam mit den Kammern (S. 38)
- » Steigerung der Geschwindigkeit und Vereinfachung der Abwicklung von Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen (S. 38)
- » Fokussierung der Investitions- und Strukturbank auf klassische Instrumente der Unternehmensförderung (S. 38)
- » Systematische und signifikante Erhöhung der Investitionen in Innovation, Transfer und Gründungen (S. 32)
- » Priorisierung von Investitionen aus Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ ausschließlich für neue und zusätzliche Investitionen (S. 123)

#### *KMU / Mittelstand*

- » Weiter gefasste KMU-Definition für intensivere Begleitung bei Innovations-, Erweiterungs- oder Ansiedlungsvorhaben (S. 38)
- » Reduzierung von Berichtspflichten für KMU, insbesondere bei Meisterbetrieben (S. 38)
- » Stärkung unternehmerischer Freiheit und Investitionsbereitschaft insbesondere für KMU (S. 124)

#### *Steuern / Abgaben*

- » „Neue Belastungen in Form von Steuern und Abgaben wollen wir vermeiden“ (S.

- 124)
- » Ziel: „spürbare Steuerentlastungen“ (S. 122)
  - » Erhöhung der Umsatzgrenze zur Anwendung der Kleinunternehmerregelung (S. 124)

#### *Vergabe / öffentliche Aufträge*

- » Erhöhung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge (S. 46)
- » Lockerung der Vergaberegelungen im Wiederaufbau Ahrtal; Übertragung der Erfahrungen auf das ganze Land (S. 139/140)

#### *Fachkräfte / Ausbildung / Unternehmensnachfolge*

- » Welcome Center Rheinland-Pfalz als Anlaufstelle für Fachkräfteanwerbung (S. 26)
- » Unterstützung von Betrieben bei Unternehmensnachfolge (S. 26)
- » Ausbau überbetrieblicher Lehrlingsunterweisung (S. 18/26)
- » Jugendförderprogramm „Settle in RLP“ (S. 18)

#### *Risiken für Selbständige*

Im vorliegenden Programm werden keine Erhöhungen von Steuern oder Abgaben, keine Einführung neuer Umlagen, keine zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen für Unternehmen und keine Ausweitung bestehender finanzieller Belastungen für Unternehmen ausgewiesen.

Im Gegenteil wird ausdrücklich formuliert, dass „Neue Belastungen in Form von Steuern und Abgaben“ vermieden werden sollen (S. 124).



Programmtitel:

***Die Hoffnung organisieren***

Umfang: 57 Seiten

#### ***Für Selbständige relevante Punkte***

##### *Arbeit und Wirtschaft*

- » Tariftreue RLP 2.0: Öffentliche Aufträge nur an Anbieter\*innen, die geltende Ta-

rifverträge vollständig anwenden; digitale Nachweispflichten; Servicestelle mit Prüfquoten; Vertragsstrafen und Ausschluss bis zu drei Jahren bei Verstößen. (S. 25)

- » Tarif-TÜV: Landesförderungen, Investitionsbankprogramme und öffentliche Beteiligungen nur an tarifgebundene Unternehmen oder solche mit verbindlicher Tarifbindung-Roadmap; Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung; Vergabe-Bonus bei aktiver Mitbestimmung. (S. 25)
- » Verbot von Outsourcing und dauerhafter Übertragung des Geschäftszwecks an Subunternehmen insbesondere im Bereich prekärer Beschäftigung. (S. 26)
- » Landeseigene Unternehmen gründen oder ausbauen (z. B. Wohnungsbaugesellschaft, öffentlicher Energieversorger, IT-Dienstleister). (S. 26)
- » Landesförderbank sozial ausrichten: ISB-Förderungen an soziale, demokratische und ökologische Kriterien binden; Förderung von Existenzgründungen mit Gemeinwohlbindung und betrieblicher Mitbestimmung. (S. 27)
- » Kleine Unternehmen stärken: Ausbau von Förderprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen; Unterstützung von Betriebsübernahmen durch Beschäftigte; Unterstützung von Existenzgründungen. (S. 27)
- » Mietendeckel für gewerbliche Räume in Innenstädten; Mitspracherecht der Städte bei Vermietung; Förderung lokalen Handels. (S. 27)
- » Strenge Klimavorgaben bei Wirtschaftsförderung: Ausschließliche Förderung für CO<sub>2</sub>-arme bzw. -senkende Technologien. (S. 39)

#### *Vergabe und Förderbedingungen*

- » Öffentliche Aufträge und Subventionen nur an tarifgebundene oder genossenschaftlich geführte Unternehmen mit Mitbestimmung; Landesvergabegesetz mit sozialen, ökologischen und tariflichen Pflichtkriterien. (S. 26)
- » Fördermittel nur gegen Gemeinwohlbindung: Kein Geld bei Verstoß gegen Tarif-

treue oder Klimaziele. (S. 32)

- » Transparenzpflicht für Beteiligungen: Berichtspflichten zu sozialen, ökologischen und tariflichen Standards. (S. 26)

#### *Ausbildung und Fachkräfte*

- » Solidarische Ausbildungsumlage: Betriebe, die nicht ausbilden, müssen in einen Fonds einzahlen. (S. 20)
- » Verpflichtung von Unternehmen zur finanziellen Beteiligung an Wohnheimplätzen für Auszubildende insbesondere im ländlichen Raum. (S. 20)
- » Tarifliche Mindeststandards für Auszubildende (100 % der tariflich üblichen Ausbildungsvergütung). (S. 20)
- » Recht auf Bildungsurlaub auch in Betrieben unter fünf Angestellten. (S. 22)

#### *Steuern und Abgaben*

- » Gewerbesteuerpflicht ausweiten: Große Kanzleien, Praxen, Vermögensverwalter\*innen und Finanzkonzerne sollen wie andere Unternehmen beitragen. (S. 32)
- » Steuerprivilegien streichen für Großgrundbesitzer\*innen, Immobilienkonzerne und Holdings. (S. 32)

#### *Energie und Klimapolitik*

- » Landeseigene Energiegesellschaft: Bau und Betrieb eigener Wind- und Solarparks; Förderung von Energiegenossenschaften. (S. 40)
- » Solarpflicht auf Neubauten und öffentlichen Gebäuden; Förderung für Privatleute und kleine Genossenschaften. (S. 40)
- » Klimavorbehalt in allen Landesgesetzen und -förderprogrammen. (S. 39)

#### *Wohnen und gewerbliche Nutzung*

- » Förderung von Gewerbebauten mit Wohnraum (Mischbebauungen). (S. 7)
- » Einführung eines Grund- und Bodenfonds; Vergabe von Grundstücken über Erbpacht statt Verkauf. (S. 7)
- » Leerstands- und Zweckentfremdungsstrafe. (S. 7)

#### *Arbeitsrecht und Arbeitsschutz*

- » Pflichtmäßige Gefährdungsbeurteilungen einschließlich psychischer Belastungen unter verstärkter Landesaufsicht. (S. 26)
- » Verbot von Outsourcing und dauerhafter Übertragung des Geschäftszwecks an Subunternehmen. (S. 26)

#### *Risiken für Selbständige*

(Nur Maßnahmen mit ausdrücklich benannter Belastung, Pflicht oder Ausweitung einer Abgabe)

- » Solidarische Ausbildungsumlage: Betriebe, die nicht ausbilden, müssen in einen Fonds einzahlen. (S. 20)
- » Gewerbesteuerpflicht ausweiten auf große Kanzleien, Praxen, Vermögensverwalter\*innen und Finanzkonzerne. (S. 32)
- » Öffentliche Aufträge nur bei vollständiger Tarifbindung; bei Verstößen Vertragsstrafen und Ausschluss von Vergaben bis zu drei Jahren. (S. 25)
- » Verpflichtung von Unternehmen zur finanziellen Beteiligung an Wohnheimplätzen für Auszubildende. (S. 20)
- » Klimavorbehalt in allen Landesgesetzen und -förderprogrammen. (S. 39)



Programmtitel:

***Rheinland-Pfalz kann mehr. Packen wir's an.***

Umfang: 44 Seiten

#### ***Für Selbständige relevante Punkte***

##### *Gründung, Start-ups und Kleinunternehmen*

- » Einführung eines digitalen „RLP-Startkonto“ zur zentralen Abwicklung aller Gründungsschritte; Gründung innerhalb von 48 Stunden möglich (S. 17–18)
- » Mikrokreditprogramm bis 50.000 € mit vereinfachten Sicherheiten (S. 18)
- » Pauschalabzüge bei der Einnahmen-Überschuss-Rechnung; vereinfachte Buchführung nach HGB für Kleinunternehmen; höhere Abschreibungsmöglichkeiten in den ersten drei Jahren durch verbesserte



degressive AfA (S. 18)

- » Landesweites Gründercoaching mit Netzwerkzugang und Mentorenprogramm (S. 18)
- » Einführung eines RLP-Gründerstipendiums sowie eines Rheinland-Pfalz-Co-Invest-Fonds (S. 18)
- » Vollständig digitale Gründungsverwaltung (eAkte, ePayment, Status-Tracking) (S. 18)

#### *Vergaberecht und öffentliche Aufträge*

- » Anhebung der Direktauftragsgrenze (freihändige Vergabe) auf 30.000 € netto unter Beachtung der EU-Schwellen (S. 18–19)
- » Öffentliche Aufträge sollen regional vergeben werden (S. 19)
- » Aufteilung größerer Aufträge in Lose (S. 19)
- » Entlastete Vergaben unterhalb der EU-Schwellen; Auftragsvergabe in Teilabschnitten statt an einzelne Generalunternehmer (S. 21)

#### *Handwerk und Mittelstand*

- » „Praxis-Check Handwerk“ für jede neue Verordnung; Umsetzung „One-in-One-out“ (S. 19)
- » Alle relevanten Behördengänge für KMU bis 2027 durchgängig digital (S. 19)
- » Vereinfachung von Förderprogrammen für Handwerk (S. 19)

- » Erleichterung der kleinen Bauvorlageberechtigung für Meister (S. 19)
- » Neuauflage des Digiboost-Förderprogramms; Ausbau von Beratungsangeboten (S. 19–20)

#### *Technologie, Innovation und Transfer*

- » Ausbau regionaler Transferzentren zur Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen (S. 20)
- » Einführung von Digitalgutscheinen, Technologiemultiplikatoren und branchenspezifischen Innovationslotsen (S. 20)
- » Modellregionen mit reduzierten bürokratischen Hürden für technologische Erprobung (S. 20)
- » Ausbau von Transferzentren zur Überführung von Forschung in marktfähige Produkte (S. 33)

#### *Energiepolitik und energieintensive Betriebe*

- » Senkung von Steuern und Abgaben sowie faire Netzentgelte (S. 30)
- » Landeseigene Entlastung für energieintensive Betriebe (S. 30)
- » Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Energieprojekte (S. 30)

#### *Bürokratieabbau und Digitalisierung*

- » Digitale Verwaltung mit Online-Anträgen, digitaler Dokumentenabwicklung und KI-

Einsatz (S. 4; S. 8; S. 26–27)

- » Verbindlicher Bürokratie-Check für Digitalisierungsvorhaben (S. 26)
- » Genehmigungsfristen und Genehmigungsfiktion (S. 26)
- » Flächendeckender Glasfaserausbau und 5G/6G-Mobilfunk (S. 8; S. 31)

#### *Landwirtschaft, Weinbau und landwirtschaftliche Betriebe*

- » Anerkennung landwirtschaftlicher Nutzflächen als Schutzgut im Raumordnungsrecht (S. 22)
- » Reduzierung von Kontroll- und Dokumentationspflichten (S. 22)
- » Stärkung regionaler Direktvermarktung (S. 22)
- » Aktives Wolfsmanagement mit regionalen Obergrenzen (S. 23)
- » Anpassung von Düngevorgaben an Standortrealität; risikobasierte Zulassungsverfahren (S. 23)

#### *EU-Regulierung und KMU*

- » Ablehnung der EU-„Greenwashing“-Richtlinie wegen Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen (S. 30; S. 35–36)
- » Forderung nach verpflichtendem KMU-Check bei EU-Vorhaben (S. 37)
- » Forderung nach „one in – one out“, ggf. „two out“ auf EU-Ebene (S. 37)

#### **4. Risiken für Selbständige**

Im Wahlprogramm werden keine ausdrücklich benannten Steuererhöhungen, zusätzlichen Abgaben, Umlagen oder gesetzlichen finanziellen Verpflichtungen für Unternehmen oder Selbständige aufgeführt.



**Am 22. März wählen gehen!**

*Ihre Stimme zählt!*

*Ihre Stimme entscheidet!*

Am Wahltag 2026 haben Sie die Chance, die Zukunft von Rheinland-Pfalz aktiv mitzugestalten und gerade für Soloselbständige sowie Inhaber kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) ist diese Landtagswahl von entscheidender Bedeutung. Ihre Stimme beeinflusst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Land: von Bürokratieabbau und Landesförderprogrammen über Bildung und Fachkräftesicherung bis hin zu Energiepolitik, Digitalisierung und Infrastruktur.

Die Landespolitik legt fest, wie investitionsfreundlich Rheinland-Pfalz bleibt, wie praxisnah Gesetze ausgestaltet werden und ob der Mittelstand gezielt gestärkt oder durch zusätzliche Vorgaben belastet wird. Gerade in einem Flächenland mit vielen inhabergeführten Betrieben werden die Weichen für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Freiheit auf Landesebene gestellt.

Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung über die Zukunft unseres Mittelstands in Rheinland-Pfalz. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und setzen Sie ein Zeichen für eine wirtschaftsfreundliche, verlässliche und faire Politik!

**Am Wahltag 2026: Wählen gehen – für Ihre Selbständigkeit, Ihr Unternehmen und eine starke Wirtschaft in Rheinland-Pfalz!**



---

**Herausgeber**

Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.  
Behrenstr. 42  
10117 Berlin  
Tel.: +49 [0] 30 204 598 54 | Fax: +49 [0] 30 204 55 320  
E-Mail: [info@esd-ev.de](mailto:info@esd-ev.de) | Web: [www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)

**ViSdP:** Timo Lehberger

**Redaktion/Koordination:** Sascha Langguth, Timo Lehberger

---